

Schon im Wahlkampfmodus?

Zu: „Moralisch sehr fragwürdig“ (Ausgabe vom 22. April) und „Rekordüberschuss trotz Corona“ (Ausgabe vom 20. April)

Beide Artikel zeigen, dass Vertreter linker Parteien nicht mit Geld umgehen können. Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Rathaus will Geld, das ihm nicht gehört, in der Stadt Flensburg ausgeben. Das Landestheater wird in Form einer GmbH betrieben. Diese hat im Jahre 2020 einen Überschuss von 1,8 Millionen Euro erzielt, der den Rücklagen zugeführt werden soll. Abgesehen davon, dass diese

Verfahrensweise der kaufmännischen Vorsicht entspricht, weil niemand weiß, wie das laufende Jahr verläuft, und deshalb gut zu heißen ist, muss man sich auch fragen, woher der Überschuss wohl stammt. Er dürfte aus dem Kurzarbeitergeld und/oder den Förderbeträgen stammen, die im Rahmen der Coronakrise ausgezahlt wurden, weil das Theater aufgrund des verordneten Lockdowns im Jahre 2020 überwiegend geschlossen war. Die ausgezahlten Beträge sollen dem Überleben des Theaters dienen, nicht einem der Gesellschafter, daher sind sie im Theater zu belassen. Dass die Vorsicht in Form der Einstellung des Über-

schusses in die Rücklagen richtig ist, zeigt sich daran, dass das Theater aufgrund der Coronakrise noch immer geschlossen ist und sich deshalb Alternativen überlegen muss, wie man das Publikum dennoch erreicht, z. B. durch Open-Air-Veranstaltungen. Die dafür nötigen Ausstattungserfordernisse können dann aus den Rücklagen finanziert werden. Warum soll außerdem die freie Kultur aus dem städtischen Haushalt finanziert werden? Zeichnet sich nicht die freie Kultur dadurch aus, dass sie frei und ungebunden, nicht an Reglementierungen gebunden ist und überall ausgeführt werden kann? Verkauft nicht die freie Kultur diese Freiheit,

wenn sie sich aus dem städtischen Haushalt bezuschussen lässt und sich dafür den Regularien unterwerfen muss?

Auch die Oberbürgermeisterin möchte Geld, das zu einem bestimmten Zweck vom Land an die Stadt überwiesen wurde, für andere Zwecke verwenden. Flensburg ist die letzte kreisfreie Stadt in Schleswig-Holstein, die noch Konsolidierungshilfen des Landes erhält. Diese haben den Sinn dazu beizutragen, dass die Stadt Flensburg ihre Schulden abbaut, sich also entschuldet. Daher sind 20 Millionen Euro Überschuss, den die Stadt durch die Konsolidierungshilfen in Form von Klinsolidierungshilfen und einer

Überkompensation des Gewerbesteuerausfalls erzielt hat, in die Schuldentilgung zu stecken. Mit den Bereichen, in denen die Oberbürgermeisterin „investieren“ will, werden wieder Ansprüche erzeugt und befriedigt, die eine Entschuldung der Stadt auf Jahre hinaus verhindern und die Stadt handlungsunfähig machen. Befindet sich die Oberbürgermeisterin vielleicht schon im Wahlkampfmodus?

*Christoph Meißner,
Flensburg*

➡ Hier haben unsere Leser das Wort. Zuschriften sind unter Angabe von Namen und Adresse auch per E-Mail an leserbrieue@shz.de möglich. Bitte geben Sie die Seite und den Artikel an, auf den Sie sich beziehen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.